



JEDE STIMME ZÄHLT

FÜR EIN BUNTES LAND

ENTSCHEIDUNGSHILFE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands

INHALT



Seite 4
LÄNDLICHE ENTWICKLUNG



Seite 6
LANDWIRTSCHAFT



Seite 8
JUGENDPARTIZIPATION



Seite 10
WAHLALTER



Seite 12
ARBEIT



Seite 14
JUGENDPOLITIK



Seite 16
SCHULE



Seite 18
EUROPA



Seite 20
ENERGIEWENDE



Seite 22
KLIMASCHUTZ



Seite 24
MOBILITÄT



Seite 26
KRITISCHER KONSUM



Seite 28
NACHHALTIGKEIT



Seite 30
MIGRATION



Seite 32
INTEGRATION



Seite 34
VIELFALT



Seite 36
EXTREMISMUS



Seite 38
KIRCHE UND STAAT



Seite 40
FRIEDEN



Seite 42
HANDELSPOLITIK



Seite 44
PARTEIPROFIL



Seite 46
METHODEN



Seite 51
IMPRESSUM



ALLE 43 FRAGEN UND ANTWORTEN KANNST DU UNTER [WWW.KLJB.ORG](http://www.kljb.org) NACHLESEN!



VORWORT



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands

Liebe KLJBlerinnen und KLJBler,

am 24. September 2017 findet in Deutschland die Bundestagswahl statt und wir können mitentscheiden, welche Abgeordneten in den kommenden vier Jahren die Geschicke unseres Landes lenken werden. Es ist wichtig, dass auch wir als KLJBlerinnen und KLJBler unsere Stimme abgeben!

Eine kluge Wahlentscheidung zu treffen, ist gar nicht so schwer, wie ihr vielleicht denkt. Ihr müsst kein Profi auf dem politischen Parkett sein, um entscheiden zu können, welche Partei für euch die richtige ist. Ihr müsst lediglich wissen, welche Partei in eurem Sinne Entscheidungen trifft und die Politik so gestaltet, dass sie euren Vorstellungen entspricht. Um euch diese Entscheidung einfacher zu machen, haben wir den relevanten Parteien Fragen gestellt, die für uns als KLJBlerInnen wichtig sind. CDU/CSU, Die Linke., Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP haben uns dabei bereitwillig unsere Fragen beantwortet. Auch die AfD haben wir eingeladen, unsere Fragen zu beantworten, jedoch haben wir auch nach mehrmaligem Nachfragen keine Rückmeldung erhalten. Aber auch das werten wir als Antwort.

Anhand 20 ausgesuchter Wahlprüfsteine zu verschiedenen Themen, die auch die KLJB als Verband bewegen, könnt ihr euch ganz einfach eure eigene Meinung bilden, welche Partei eure Zweitstimme bekommt. Am Ende des Heftes gibt es für euch außerdem einige Methodenvorschläge, wie ihr das Thema Politik und Wahlen in eurer Ortsgruppe vertiefen könnt und wie ihr am besten direkt mit euren PolitikerInnen in Kontakt treten könnt. Natürlich lohnt sich auch ein Blick in die Broschüre zum Projekt „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land!“ der Jugendverbände im BDKJ. Dort findet ihr noch viele weitere Anregungen und Aktionen zum Thema.

Wer noch mehr Input möchte findet die komplette Übersicht über alle 43 Wahlprüfsteine sowie die jeweiligen Antworten der Parteien unter www.kljb.org. Wir wünschen euch viel Spaß mit der Broschüre und sind schon gespannt auf die Bundestagswahl. Jede Stimme zählt!

Für den KLJB-Bundesvorstand

Stephan Barthelme, Bundesvorsitzender

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG



Eine gute Daseinsvorsorge einschließlich der Gesundheitsversorgung auf dem Land, Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen, Nahversorgungseinrichtungen sowie eine gute Anbindung an Ballungszentren werden nicht nur nachgefragt, sondern sind von zentraler Bedeutung für die Attraktivität ländlicher Räume als Wohn- und Lebensstandorte.

s. KLJB-Beschluss 2016: „Frohes Schaffen! Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven auf dem Land“

Wie wollen Sie die ländlichen Räume stärken?



CDU und CSU starten eine „Offensive Ländlicher Raum“. Wie keine andere Partei setzen wir hier einen Schwerpunkt in unserem Programm. Mit einer Dezentralisierungsstrategie erhöhen wir die Attraktivität ländlicher Räume. Die Errichtung von Behörden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Fläche ist dafür geeignet.



Für uns gehören Stadt und Land zusammen. Wir brauchen eine bessere Kooperation und Vernetzung. Stadt-Land-Partnerschaften werden wir deshalb stärker fördern. Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität und beim Ehrenamt unterstützen.



Der ländliche Raum braucht eine solide und verlässliche Förderpolitik aus einem Guss, statt Förderdschungel, Modellprojekte und unterschiedlicher Ressortzuständigkeiten. Dazu muss die GAK um mindestens 200 Millionen Euro aufgestockt und zu einer Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung umgebaut werden.



Wir wollen in die Zukunft investieren: Aktive und Engagierte vor Ort stärken und den Förderdschungel lichten. Kernaufgaben sind die Digitalisierung und die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum. Wir müssen es schaffen, dass Dienstleistungen erreichbar bleiben, auch wenn sie nicht mehr vor Ort angeboten werden. So werden neue Arbeitsmodelle möglich und damit auch die Rückkehr junger Familien.



Im Zentrum stehen für uns dabei der Erhalt der Infrastruktur für den Verkehr, ein flächendeckendes Glasfasernetz sowie die flächendeckende und hochwertige Patientenversorgung im Gesundheitssystem.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

LANDWIRTSCHAFT



Aus unserer Sicht müssen die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert werden: Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen – auch zur Biomasseproduktion und zu Forschungszwecken – muss verboten bleiben und die langfristige Bodenfruchtbarkeit nachhaltig gesichert werden. Außerdem müssen die vielfältigen heimischen Arten, das Saatgut und die artgerechte Tierhaltung gefördert werden. Zum anderen sind regionale Wirtschaftskreisläufe und eine starke 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu unterstützen.

s. KLJB-Beschluss 2013: „Anforderungen an politische Handlungsfelder“

Wie muss für Ihre Partei eine zukunftsfähige Agrarpolitik gestaltet sein?



Unser Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft: wirtschaftlich, umwelt- und tierfreundlich. Wir stärken die bäuerliche Landwirtschaft, wollen die Direktzahlungen erhalten, Junglandwirte und Innovationen fördern, eine Nutztierstrategie entwickeln und Anreize setzen für Natur- und Umweltschutz als Einkommensquelle der BäuerInnen.



Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt-, Naturschutz und Nachhaltigkeit, die Interessen der VerbraucherInnen und auf das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Sie soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sichern. Wir wollen die Position der LandwirtInnen in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken.



DIE LINKE möchte eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik, die die regionale Versorgung mit nachhaltig erzeugten Lebensmitteln sichert. Vor Ort verankerte Landwirtschaftsbetriebe müssen bei bezahlbaren Lebensmittelpreisen von ihrer Arbeit leben können, wenn sie Tier- und Umweltschutz berücksichtigen.



Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt und von der die BäuerInnen leben können. Dafür wollen wir die Agrarförderung so umstellen, dass Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen unterstützt werden. Die VerbraucherInnen sollen Leistungen im Tierschutz am Produkt erkennen können und dementsprechend auch honorieren.



Erstens müssen ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen bewertet werden. Zweitens ist die Diskussion über Landwirtschaft faktenbasiert zu führen (zum Beispiel Glyphosat). Drittens müssen wir das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirtinnen und Landwirte nutzen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

JUGENDPARTIZIPATION



Die KLJB fordert die gesetzliche Festschreibung von Jugendbeteiligung in Regionalentwicklungs- und Planungsprozessen, die Anerkennung und das Ernstnehmen von Jugendlichen mit ihrem Wissen und ihren Kompetenzen, das Nutzen der Chancen, die das Internet bietet für kurzfristige Beteiligungsformen. Information, Kommunikation und Beteiligung erfolgen zielgruppenorientiert.

s. **KLJB-Beschluss 2013: „Land schafft Zukunft – Visionen“**

Wie sollen aus Sicht Ihrer Partei Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden?



Unser Ziel ist eine Jugendpolitik, die sich an alle Jugendlichen richtet. Wir machen uns stark für eine Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden und kontinuierlich arbeitende Jugendparlamente auf kommunaler Ebene. Unsere Jugendverbände JU und RCDS vertreten die Interessen der Jugend in Parteigremien und Parlamenten.



Wir wollen unsere Gesellschaft weiter demokratisieren. Unser Maßstab ist, Kinder und Jugendliche dort zu beteiligen, wo sie von Entscheidungen betroffen sind. Deshalb wollen wir die demokratische Mitbestimmung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Ausbildung stärken. So können junge Menschen Demokratie von Anfang an leben.



Jugend soll nach unserer Ansicht dort mitentscheiden können, wo sie sich bewegt und aktiv ist. Neben dem Engagement in den Jugendverbänden ist u.a. die Mitbestimmung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule und den Einrichtungen der öffentlichen sozialen Infrastruktur zu gewährleisten.



Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann einbringen, wenn sie mitbestimmen können. Kinder- und Jugendbeteiligung soll an allen Orten des Aufwachsens möglich sein. Wir wollen dafür die Institutionalisierung von politischen Jugendgremien und deren Finanzierung voranbringen.



Jugendliche müssen stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden. Deshalb haben wir uns beispielsweise in Nordrhein-Westfalen für ein unabhängiges und direktgewähltes Landesjugendparlament eingesetzt, welches verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

WAHLALTER



Jugendlichen stehen heute nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung, um sich politisch einzubringen. Die KLJB fordert deswegen prinzipiell, das Wahlalter zu senken. So soll das Mindestalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 14 Jahre abgesenkt und durch eine altersgemäße politische Bildung begleitet werden.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Welche Möglichkeiten bietet Ihr Wahlprogramm, das Alter für das aktive Wahlrecht bei Bundestags- und Europawahlen zu senken und wie sehen Ihre Konzepte zur Umsetzung aus?



Die Absenkung des Alters für das aktive Wahlrecht bei Bundestags- und Europawahlen halten wir nicht für notwendig. Wir wollen, dass Volljährigkeit und Wahlmündigkeit konform gehen.



Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. Wir wollen daher das Wahlalter bei Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre absenken. So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen – und motivieren sie zugleich, sich stärker für ihre Interessen zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt.



Die LINKE setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene ein.



Wir setzen uns seit langem dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken. Denn Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.



Die Möglichkeit zur Teilnahme an Bundestagswahlen hängt mit der Volljährigkeit zusammen, denn wo Rechte verliehen werden, müssen auch Pflichten übernommen werden. Die Ausweitung des Wahlrechts beispielsweise auf kommunaler Ebene steht dem jedoch nicht entgegen, da hier der örtliche Bezug überwiegt.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner



Die Jugendarbeitslosigkeit muss als gesamteuropäisches Problem angesehen werden und solidarisch gelöst werden. Die KLJB fordert die Ausweitung der EU-Jugendgarantie, damit alle in der EU lebenden Menschen unter 30 Jahren einen Anspruch bekommen, innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss von Schule, Ausbildung oder Studium sowie beim Verlust ihres Arbeitsplatzes einen Ausbildungsplatz, eine regulär bezahlte Arbeitsstelle, weiterqualifizierende Bildungsangebote oder einen Studienplatz angeboten zu bekommen.

s. **KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“**

Welche Konzepte schlagen Sie vor, um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa effektiv zu bekämpfen?



Um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, braucht es insbesondere strukturelle Anpassungen in den betroffenen Ländern. Wir wollen die Regierungen und SozialpartnerInnen in den europäischen Partnerländern beim Aufbau von dualen Strukturen der Berufsbildungssysteme sowie der Umsetzung von Arbeitsmarktreformen unterstützen.



Junge Menschen brauchen sichere Zukunftsperspektiven! Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind Jugendliche mit geringer Qualifikation. Wir brauchen daher auch zweite und dritte Chancen in Schule und Berufsbildung. Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Die sachgrundlose Befristung werden wir abschaffen.



Um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, müssen Arbeitsplätze durch ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm geschaffen und ein Recht auf Ausbildung und Übernahme eingeführt werden. DIE LINKE setzt sich für ein Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene Berufsbildung ein. Jeder junge Mensch muss die Möglichkeit einer Berufsausbildung in seiner Region erhalten.



Mit der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen stellt die EU finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und diese entsprechend nutzen. Die EU-Kommission muss den Mitgliedstaaten dabei helfen, realistische Ziele für die Umsetzung der Jugendgarantie ins Auge zu fassen.



Ein duales Bildungssystem ist zentral zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, ergänzt durch Fördermaßnahmen auf europäischer Ebene zur Schaffung eines echten europäischen Arbeitsmarktes. Das „Paket zur Jugendbeschäftigung“ muss aktualisiert und ergänzt werden.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner



Jugendverbandsarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zivilgesellschaft und bietet jungen Menschen einen Ort, an dem sie Teilhabe und Gemeinschaft erfahren können. Ihre Ausübung darf nicht durch Haushaltskürzungen und Prioritätsverschiebungen gefährdet werden. Jugendverbandsarbeit ist eine Pflichtaufgabe des Bundes und muss den Bedarfen entsprechend gefördert werden. Verbände wie die KLJB können ohne staatliche Unterstützung nicht existieren, daher fordern wir die dauerhafte Erhöhung von Mitteln für den Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Wie wollen Sie erreichen, dass in der kommenden Legislaturperiode die Finanzierung der Jugendverbandsarbeit sichergestellt ist?



Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden weiter stärken. Ihre Unterstützung wollen wir beibehalten.



Orte der Kinder- und Jugendarbeit gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Wir wollen die finanzielle Förderung der Jugendverbände im Bundeshaushalt weiter erhöhen.



Die LINKE wird wie in der Vergangenheit eine deutliche Erhöhung des Kinder- und Jugendplans fordern, um neben den gestiegenen Kosten einen Ausbau und eine Anpassung der Jugendverbandsarbeit zu ermöglichen.



Wir haben in den vergangenen Haushaltsberatungen eine höhere Förderung der Jugendverbandsarbeit beantragt und werden uns auch weiterhin dafür stark machen.



Kinder- und Jugendverbände werden zum Teil aus öffentlicher Hand finanziert. Dabei greift das Subsidiaritätsprinzip, an dem wir Freie Demokraten grundsätzlich nichts ändern möchten. Gute Projekte sollten aber immer realisierbar bleiben.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |



Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Raum zur Entfaltung und Persönlichkeitsbildung. Das geschieht vor allem außerhalb der Schule, durch ehrenamtliches Engagement, Treffen mit FreundInnen oder das Ausüben von Hobbys. Dazu braucht es Freiräume. Alle schulischen Aufgaben (inkl. Hausaufgaben und Lernzeiten) sollen deswegen in maximal 35 Stunden pro Woche und täglich bis spätestens 16.00 Uhr zu erledigen sein.

s. BDKJ-Beschluss 2015: „Frei(t)räume verwirklichen!“

Unterstützen Sie die Forderung, Jugendlichen mehr Freiräume zu ermöglichen und die Schul- und Lernzeit auf 35 Stunden pro Woche zu begrenzen?



Jugendliche sollen ausreichend Freiraum haben, um sich auch außerschulisch engagieren zu können. Ehrenamtliches Engagement ist besonders für die Persönlichkeitsentwicklung sehr begrüßenswert und für die Gesellschaft unverzichtbar. Deshalb sollte außerschulisches ehrenamtliches Engagement entsprechend unterstützt werden.



Junge Menschen brauchen ein Bildungs- und Ausbildungssystem, das optimale Förderung und individuelle Freiräume verbindet. In Ganztagschulen muss es möglichst viele alternative Angebote geben und gleichzeitig brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume außerhalb von Schule. In Ganztagschulen muss aus unserer Sicht nach Schulende tatsächlich Freizeit sein: Hausaufgaben soll es hier nicht mehr geben.



Kinder- und Jugendliche haben ein Recht auf Freizeit und Freiräume. Die Schul- und Lernzeit zu begrenzen kann hierbei einen Ansatz darstellen, um dieses Recht einzufordern.



Kinder und Jugendliche brauchen unverplante Zeiten und Freiräume fern vom Unterricht, in denen sie selbstbestimmt und ohne wachsame LehrerInnenaugen Erfahrungen sammeln können. Nur wer Freiheit fühlt, kann Freiheit gestalten. Dafür könnte ein regional einheitlicher unterrichtsfreier Nachmittag oder eine Begrenzung auf 35 Stunden pro Woche sinnvoll sein.



Wir Freie Demokraten möchten jungen Menschen die Freiräume zur persönlichen Entfaltung geben und Talente fördern. Gerade kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Kombination aus Präsenzunterricht, Online-Selbstlerneinheiten und Praxisphasen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |



Die KLJB tritt für die Fortführung eines friedlichen, partizipativen und demokratischen Integrationsprozesses in Europa ein. Wir fordern die kontinuierliche Weiterentwicklung des Staatenverbunds der Europäischen Union hin zu einem föderalen Bundesstaat, der für eine gemeinsame, soziale und subsidiäre Politik steht. Europa ist unsere Zukunft – deswegen wollen wir die Einheit Europas in ihrer Vielfalt vollenden.

s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Soll die EU langfristig zu einem föderalen Bundesstaat weiterentwickelt werden?



Die EU ist eine Organisation ganz eigener Art. Diskussionen über Bundesstaat oder Staatenbund helfen nicht, denn sie provozieren Streit und blockieren Lösungen für aktuelle Herausforderungen. Starke Regionen, Nationalstaaten und die EU sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich.



Mittelfristig bedarf es einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel ist eine europäische Verfassung, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird. Langfristig bleiben für uns die „Vereinigten Staaten von Europa“ die Zukunftsvision für Europa.



DIE LINKE will einen sozialen und demokratischen Neustart der EU von unten, der die europäische Integration auf ein neues Fundament stellt. Langfristig sollen die BürgerInnen über eine EU-Verfassung entscheiden: Verschiedene Integrationskonzepte, darunter der föderale Bundesstaat, sind Teil der Diskussion in der LINKEN.



Wir wollen auch in schwierigen Zeiten den Weg der europäischen Integration weiter beschreiten. Ob die Probleme unserer Zeit innerhalb eines föderalen Bundesstaats oder einer anderen Form am besten gemeistert werden können, wollen wir im Rahmen eines Europäischen Konvents in einem öffentlichen, demokratischen und bürgerfreundlichen Verfahren erarbeiten.



Wir wollen, dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht. Am Ende dieser Entwicklung sollte ein demokratisch legitimer, föderaler, subsidiärer und dezentraler Bundestaat stehen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |



Zur Senkung der Treibhausgasemissionen bedarf es ein ambitioniertes Gesetz. Nur durch das Abschalten alter, besonders klimaschädlicher Kohlekraftwerke können die nationalen Treibhausgasemissionen um 290 Millionen Tonnen reduziert und die Klimaziele bis 2020 erreicht werden. Die Planung und der Bau neuer Kohlekraftwerke müssen sofort beendet werden.

s. **KLJB-Beschluss 2013: „100 Prozent erneuerbar – Leitbild für eine Energieversorgung der Zukunft“**

Wie soll der Kohleausstieg klimafreundlich gestaltet werden?



Wir halten an den Klimaschutzzielen fest, Dies darf aber nicht zu Lasten der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit gehen.



Bis zur Mitte des Jahrhunderts wollen wir den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen. Dabei werden wir den Kohleausstieg sowohl klimafreundlich als auch sozialverträglich gestalten. Für die Braunkohleregionen gilt es, regionalwirtschaftliche Strukturen aufzubauen, die an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen.



DIE LINKE fordert ein Kohleausstiegsgesetz. Die Abschaltung der Meiler soll mit einem Abschaltplan 2018 beginnen und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Der Ausstieg muss sozial abgesichert sein, u.a. über einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro.



Wir wollen in den nächsten vier Jahren den Kohleausstieg unumkehrbar einleiten. Um das deutsche Klimaziel für 2020 schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen. Wir werden das Ende des Kohlezeitalters bis 2030 planungssicher gestalten. Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und zukunftsfähige Arbeitsplätze.



Indem man ihn in einem realistischen Zeitrahmen vollzieht. Wir können nicht gleichzeitig und überhastet aus der Atom- und der Kohleenergie aussteigen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

KLIMASCHUTZ



Kurze Strecken sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Ist das nicht möglich, nutzt man den öffentlichen Personenverkehr. Dabei sind elektrisch oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge zu bevorzugen. Der motorisierte Individualverkehr sollte genauso betrieben werden und die Ausnahme darstellen. Dabei sollten Mitfahrgelegenheiten und/oder Carsharing genutzt werden. Die PKW-Maut muss verbrauchsbezogen gestaltet werden.

s. **KLJB-Beschluss 2013: „100 Prozent erneuerbar – Leitbild für eine Energieversorgung der Zukunft“**

Wie wollen Sie klimafreundliche Verkehrskonzepte gestalten?



Wir werden weiter dafür arbeiten, den Verkehr immer umweltfreundlicher, emissionsärmer und leiser zu machen. Dabei setzen wir auf innovative Entwicklungen, neue Technologien und insbesondere auf die Digitalisierung und Automatisierung der Verkehrssysteme. Den ÖPNV wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.



Ohne Verkehrswende wird es keinen Klimaschutz geben. Wir werden ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gründen und VertreterInnen aller Verkehrsträger, Gewerkschaften, Fahrgast- und VerbraucherInnenorganisationen sowie Industrie- und Umweltverbände zusammenholen. Es ist unser Ziel, die Elektromobilität sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranzubringen.



Es braucht eine Gesamtstrategie für eine konsequente Mobilitätswende. Wir setzen dazu auf Verkehrsvermeidung durch kurze Wege und regionales Wirtschaften, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und energieeffiziente Verkehrsmittel sowie den Umstieg auf Erneuerbare Energien.



Die meisten Menschen wollen mobil sein, ohne Klimagase, Lärm, Dreck und Stau zu erzeugen. Wir wollen dafür eine Verkehrswende auf den Weg bringen. Wir werden den Umstieg auf umweltfreundliche Autos fördern, mehr für Bahn und ÖPNV ausgeben und den Radverkehr stärken.



Indem wir uns nicht staatlich verordnet auf eine bestimmte Technologie festlegen, sondern den Fortschritt durch eine technologieoffene Forschungsförderung in vielen Bereichen beschleunigen und offen sind für neue Konzepte und Technologien

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner



Neben einem umfangreichen Ausbau des Schienennetzes – gerade in den ländlichen Regionen – sowie einfachen und attraktiven Preismodellen bedarf es der Entwicklung innovativer Mobilitätskonzepte, um die Hinterlandanbindung der Bahnhöfe gewährleisten zu können. Die Einführung eines generellen Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen und Schnellstraßen trägt auch zu einer steigenden Bahnnutzung bei.

s. **KLJB-Beschluss 2008: „Bahn fahren muss attraktiv sein“**

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass Bahn fahren attraktiver wird?



Der Bundesverkehrswegeplan 2030 schafft mit der fahrplanorientierten Infrastrukturplanung die Grundlage dafür, dass Bahnreisende zukünftig deutschlandweit zuverlässiger einen Anschlusszug erreichen. Für den Deutschlandtakt bedarf es vieler Aus- und Neubaumaßnahmen sowie der Modernisierung der Bahntechnik.



Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen. Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr absenken. Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und mehr Innovationen investieren.



Unser Ziel ist eine flächendeckend barrierefrei zugängliche, zuverlässige Bahn, die bezahlbar für alle ist. Sie muss sich am Gemeinwohl statt an Profitmaximierung ausrichten. Der Staat muss erheblich mehr in Schienennetz und Bahnhöfe investieren. Die Mehrwertsteuer für Fernreisen wollen wir ermäßigen.



Wir wollen das Schienennetz so ausbauen, dass man schnell und bequem umsteigen kann. Jede Region muss ans Bahnsystem angeschlossen sein. Mit dem grünen MobilPass wollen wir ein Ticket anbieten, mit dem man deutschlandweit alle Angebote des öffentlichen Verkehrs einfach buchen und bezahlen kann.



Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Verkehrsträger ein. Wir sehen in einer fairen und ideologiefreien Verteilung von Investitionsmitteln die Grundlage für ein zukunftssicheres Verkehrssystem. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

KRITISCHER KONSUM



Um Abfälle zu vermeiden, ist es wichtig, dass weniger kurzlebige Produkte produziert werden. Das bedeutet, dass zum einen die Verwendung von Einwegverpackungen deutlich reduziert werden muss, zum anderen die Lebensdauer von Elektrischen und Elektronischen Geräten verbessert werden soll.

s. KLJB-Beschluss 2008: „Bewusst, verantwortungsvoll und nachhaltig! Leitfaden zum Kritischen Konsum in der KLJB“

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass aus unserer Wegwerf- und Recyclinggesellschaft eine Abfallvermeidungskultur wird?



Materialeffiziente, langlebige und reparaturfreundliche Produkte sollen zu einem Aushängeschild und Wettbewerbsvorteil unserer Industrie werden. Sie sind auch wichtige Pfeiler eines nachhaltigen Konsums. Wir unterstützen, dass die EU-Ökodesign-Richtlinie auf Aspekte der Materialeffizienz ausgeweitet wird.



Wir fordern ein Umdenken weg von der Wegwerfkultur hin zur Stärkung von nachhaltigen Systemen, wie Leasing- und Leihsystemen. Wir werden Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren, die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.



DIE LINKE fordert verbindliche soziale und ökologische Vorgaben für die Beschaffungspolitik öffentlicher Einrichtungen: Gute Arbeit, Tarifverträge, klare Definition und strikte Einhaltung umweltrelevanter Produkt- und Produktionsqualitäten und die Förderung solidarischer Ökonomie.



Wir wollen Ressourcenverbrauch lenken, indem der Einsatz von neuem Material verteuert und Recycling verbilligt wird. Damit wird auch Vermeidung gestärkt. Wir wollen Mehrwegsysteme unterstützen und Reparaturen verbilligen.



Wir setzen auf „blaues“ Wachstum, weil Ökologie und Wachstum sich nicht ausschließen müssen. Wir wollen Klima, Umwelt und Ressourcen intelligent schützen – durch innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner

NACHHALTIGKEIT



Für die konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie bedarf es eine Ausweitung der Indikatoren und deren konsequente Überprüfung. Alle öffentlichen Einrichtungen müssen zur Umsetzung beitragen.
s. KLJB-Beschluss 2015: „Ran an die SDGs! UN-Ziele für mehr Nachhaltigkeit jetzt umsetzen“

Wie kann die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie konsequent umgesetzt und überprüft werden?



Um der Nachhaltigkeitsstrategie noch mehr praktische Wirkung zu geben, wurde sie in einem breiten Dialog 2016 grundlegend überarbeitet und neu konzipiert. Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung sind nun mit Indikatoren verknüpft, so dass anhand dieser Zahlen sichtbar wird, wo Handlungsbedarf besteht.



Wir brauchen klare Ist-Beschreibungen, Maßnahmen zur Zielerreichung und Zielkataloge, die man bis 2030 erreichen möchte. Auch die Indikatorenauswahl muss weiterentwickelt werden. Außerdem muss das Parlament bei den Umsetzungsprozessen stärker mit einbezogen werden. Darüber hinaus sollten Nachhaltigkeitsbeauftragte in allen Ministerien installiert werden.



Die Strategie muss verbindlicher und demokratischer werden, u.a. durch klare politische Prioritätensetzung mit eindeutigen Zuständigkeiten und verbindlichen Zielen und Maßnahmen, einer effektiven Nachhaltigkeitsprüfung aller Vorhaben im Voraus und einer jährlichen Berichterstattung von Regierung und Ressorts an Parlament und Fachausschüsse.



Wir wollen Nachhaltigkeit endlich ins Zentrum des politischen Prozesses stellen. Dafür muss der Beirat für nachhaltige Entwicklung gestärkt, die Prüfung von Nachhaltigkeit auch in das Gesetzgebungsverfahren hinein verlagert, Nachhaltigkeitsbeauftragte in allen Ressorts eingerichtet und die Berichte zur Nachhaltigkeitsstrategie zur Regierungserklärung werden.



Nachhaltige Entwicklung kann nur gesamtgesellschaftlich stattfinden, wenn sie im Wortsinne nachhaltig sein soll. Es wird also darauf ankommen, möglichst viele Menschen mitzunehmen und einen Wandel von unten zu befördern, statt ihn von oben zu verordnen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |

MIGRATION



Um die Klimaflucht effektiv einzudämmen, ist es aus Sicht der KLJB unumgänglich, eine Versorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft ist für eine erfolgreiche Energiewende Voraussetzung. Außerdem ist ein nachhaltiger Landbau essentiell. Das Nutzen von klimaschonenden Energieformen und gentechnikfreier Nahrungs- und Futtermittel unter dem Einbezug traditionellen Wissens sind wichtig, um eine klimafreundliche Landwirtschaft zu gewährleisten.

s. KLJB-Beschluss 2015: „UnFAIRbesserlich?! Wie Fairer Handel den Welthandel gerechter gestalten kann“

Wie kann Klimaflucht eingedämmt werden?



Wir müssen das Klimaschutzabkommen umsetzen und so die Erderwärmung auf unter zwei Grad begrenzen. Dazu müssen wir die Treibhausgasemissionen drastisch senken. Kurzfristig ist die humanitäre Hilfe, mittelfristig Wissenstransfer beim Umweltschutz und bei den Erneuerbaren Energien entscheidend.



Die SPD wird dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Die Entwicklung einer europäischen Klimadiplomatie kann dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels und somit Klimaflucht vermindern. Wir unterstützen das Ziel, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren.



Die Hauptverursacher in den Industrieländern müssen ihren Treibhausgasausstoß drastisch reduzieren. Den Hauptleidtragenden müssen genügend Mittel für die Klimaanpassung bereitgestellt werden. Hierzu schlägt DIE LINKE einen UN-Kompensationsfonds für die Folgen des Kolonialismus und Klimawandels vor. Außerdem brauchen wir einen Technologietransfer von Nord nach Süd für eine Energiewende in den Ländern des Südens.



Außen- und Entwicklungspolitik muss ihren Schwerpunkt darauf setzen, Armut zu reduzieren, Krisen vorzubeugen und Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung fördern. Eine ehrliche Bekämpfung der Fluchtursachen fängt bei uns zu Hause an. Wir wollen dass Deutschland seine Verpflichtung von Paris umsetzt. Mit einem Klimaschutzgesetz beenden wir die Unverbindlichkeit in der Klimapolitik und geben Impulse für Investitionen in Klimaschutz.



Indem wir mit der internationalen Gemeinschaft weiter daran arbeiten, den Klimaschutz zu verbessern, uns an getroffene Vereinbarungen wie beispielsweise das Klimaabkommen von Paris halten und sie zukünftig auch immer wieder anpassen und verbessern.

Mach dir Notizen.
So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

<input type="radio"/> CDU/CSU	<input type="radio"/> GRÜNE
<input type="radio"/> SPD	<input type="radio"/> FDP
<input type="radio"/> DIE LINKE	<input type="radio"/> keiner

INTEGRATION



Es liegt in unserer Verantwortung für eine nachhaltige Integration Geflüchteter zu sorgen. Sie haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf eine faire Chance am Arbeitsmarkt, auf ehrenamtliches Engagement und auf politische Mitbestimmung. Faire Asylverfahren, staatliche Deutsch- und Orientierungskurse, Zugang zum ÖPNV, ein gleichberechtigter Zugang zu allen (außer-)schulischen Bildungsaktivitäten und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Zertifikaten sind nur einige Beispiele, wie Integration in Deutschland nachhaltiger und fair gestaltet werden kann.

s. KLJB-Beschluss 2015: „Willkommen in Deutschland – Unsere Verantwortung für Asylsuchende“

Wie sieht für Sie eine nachhaltige Integration von Geflüchteten in der Bundesrepublik aus?



Das Erlernen der deutschen Sprache und die Wertevermittlung sind entscheidend für eine gelingende Integration. Wir wollen, dass für anerkannte Flüchtlinge die Integration in Arbeit erfolgreich verläuft, eine Ausbildung oder Beschäftigung aufgenommen und der eigene Lebensunterhalt gesichert wird.



Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Anerkannte AsylbewerberInnen wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkursangebote ausbauen, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote.



Eine Integrationspolitik wäre dann nachhaltig, wenn sie sich nicht der Illusion hingibt, dass Integration irgendwann abgeschlossen ist. Es ist ein fortlaufender Prozess, mit immer neuen Herausforderungen. Wichtig ist also, die Infrastruktur in den Kommunen, in Schulen, sozialen Einrichtungen, Behörden usw. so zu stärken, dass sie auf diese Herausforderungen angemessen reagieren zu können.



Wer Teil dieser Gesellschaft werden will und werden soll, braucht Rechte und Zugänge, braucht Sprache und Motivation. Wir fördern daher Teilhabe, unterstützen Geflüchtete und die hier Lebenden. Wer hier ankommt, braucht Sprachförderung von Tag eins an und eine berufliche und soziale Perspektive.



Indem wir jeden ermutigen, Verantwortung innerhalb seines Umfelds zu übernehmen, das deutsche Rechtssystem und dessen Werte zu respektieren und eine aktive Rolle als neues Mitglied unserer Gesellschaft zu übernehmen. Dann ist Integration keine unmögliche Herausforderung, sondern eine große Chance.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |



Die KLJB betrachtet die Unterschiedlichkeit von Menschen nicht als Abgrenzung untereinander, sondern versteht sie als individuelle Stärke, die die Gruppe bzw. Gesellschaft bereichert. Wir verstehen unser Engagement als Beitrag zu einem verbesserten Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Gesellschaft nur zukunftsfähig ist, wenn Vielfalt als Bereicherung verstanden wird.

s. KLJB-Beschluss 2015: „Vielfalt leben! Umsetzung einer diversitätsbezogenen Jugendarbeit“

Durch den Zuzug von Menschen aus anderen Teilen der Welt wird unsere Gesellschaft bunter. Welche Chancen und Risiken sehen Sie darin?



Menschen mit Migrationshintergrund tragen seit langem mit ihrer Arbeit und ihren Ideen zum Erfolg unseres Landes bei. Je vielfältiger eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes – unsere Leitkultur in Deutschland –, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein- und demselben Land leben.



Die kulturelle Vielfalt tut unserem Land gut und sie bereichert unser aller Leben. Wer in Deutschland lebt, muss seine Herkunft nicht verleugnen. Aber er oder sie müssen bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mitzugestalten. Das kann nur gelingen, wenn alle Menschen, die in Deutschland leben, diese Grundwerte unserer Verfassung kennen und nutzen.



Eine Integrationspolitik wäre dann nachhaltig, wenn sie sich nicht der Illusion hingibt, dass Integration irgendwann abgeschlossen ist. Es ist ein fortlaufender Prozess, mit immer neuen Herausforderungen. Wichtig ist also, die Infrastruktur in den Kommunen, in Schulen, sozialen Einrichtungen, Behörden usw. so zu stärken, dass sie auf diese Herausforderungen angemessen reagieren können.



Wer Teil dieser Gesellschaft werden will und werden soll, braucht Rechte und Zugänge, braucht Sprache und Motivation. Wir fördern daher Teilhabe, unterstützen Geflüchtete und die hier Lebenden. Wer hier ankommt, braucht Sprachförderung von Tag eins an und eine berufliche und soziale Perspektive.



Indem wir jeden ermutigen, Verantwortung innerhalb seines Umfelds zu übernehmen, das deutsche Rechtssystem und dessen Werte zu respektieren und eine aktive Rolle als neues Mitglied unserer Gesellschaft zu übernehmen. Dann ist Integration keine unmögliche Herausforderung, sondern eine große Chance.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |

EXTREMISMUS



Die KLJB engagiert sich durch verschiedene Projekte für eine offene Gesellschaft und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Mit den anderen Jugendverbänden im BDKJ beteiligt trägt sie die bundesweite Aktion „Zukunftszeit“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Einfluss auf die politische Willensbildung zu nehmen, damit rechte Parteien nicht in die Parlamente einziehen. Zudem hat die KLJB das Projekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ ins Leben gerufen, bei dem durch konkrete Bildungsangebote Weltoffenheit gefördert wird.

Was will Ihre Partei konkret gegen den Rechtsruck in Deutschland unternehmen?



In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein. RechtsextremistInnen bekämpfen wir mit einem starken Staat: Dazu gehören u. a. Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung, aber auch präventive Maßnahmen.



Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die Präventionsarbeit ausweiten. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung.



Wir wollen die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen endlich von der Projektförderung auf eine dauerhafte Finanzierung umstellen. Dafür schlagen wir die Einrichtung einer Bundesstiftung vor, in deren Kuratorium ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft selbst vertreten sind.



Wir stehen für die Stärkung unserer Demokratie sowie Zivilgesellschaft und Prävention. Mit zahlreichen Initiativen setzen wir uns ein für die Bekämpfung rechter Ideologie und Gewalt, Verschärfungen im Waffenrecht und die konsequente Anwendung des geltenden Rechts gegen strafbare Inhalte im Internet.



Bildung und Aufklärung ist in vielen Fällen die beste Prävention, um vor dem Abgleiten in den Extremismus zu bewahren. Deshalb wollen wir Lehrenden dabei unterstützen, Extremismus jeder Art früh zu begegnen sowie Deradikalisierungsprogramme besser koordinieren, ausstatten und ausbauen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |

KIRCHE UND STAAT



Aus ihrem Selbstverständnis heraus sehen wir uns als Kirche in Deutschland in der Pflicht, in Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Das Engagement, welches auf diesem Selbstverständnis beruht, umfasst insbesondere den Bildungssektor und die vielfältigen sozialen Aufgaben in unserer Gesellschaft. Damit die Bundesrepublik ihrem Anspruch als Sozialstaat umfassend gerecht werden kann, ist sie auf das Engagement seitens der Kirchen angewiesen. Als KLJB leisten auch wir unseren Beitrag dazu.

Welchen Nutzen hat der Staat von der Kirche?



Die Kirchen und ihre zahlreichen Ehrenamtlichen haben große Bedeutung für unser Gemeinwesen. Sie sind nicht nur seelsorgerisch tätig. Ihre Leistungen, z. B. konfessionelle Kindergärten und Schulen, Pflege, Gesundheitsversorgung oder Behindertenbetreuung, sind für unser Land unverzichtbar.



Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen Verunsicherung spüren, haben Kirchen und Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle, denn sie schaffen Orte, an denen Orientierung und Werte diskutiert und vermittelt werden. Darüber hinaus sind die kirchlichen und religiösen Wohlfahrtsverbände wichtige Akteure der Zivilgesellschaft und für uns wichtige Partner.



Kirchen tragen zur gesellschaftlichen Stabilität bei, mit ihrem sozialen und karitativen Engagement, aber auch indem sie ein Forum für gesellschaftliche Debatten bieten und Konflikte moderieren. Davon profitieren auch die staatlichen Institutionen.



Kirche kann eine wichtige Säule einer lebendigen und sozialen Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus z.B. für Geflüchtete und leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehört auch, dass sich Kirche dem öffentlichen Diskurs stellt.



Wir sind davon überzeugt, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften bei Gewährleistung der weltanschaulichen Neutralität in vielen Bereichen von gegenseitigem Interesse ist. Auch wenn der Staat weltanschaulich neutral ist, so ist er doch auf die Herausbildung gesellschaftlicher Werte angewiesen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- CDU/CSU
- SPD
- DIE LINKE
- GRÜNE
- FDP
- keiner



Deutschland als größter Rüstungsexporteur Europas und drittgrößter Waffenhändler der Welt steht in einer besonderen Verantwortung. Wir müssen unseren Wirtschaftsstil grundlegend überprüfen, um für alle Menschen weltweit und für kommende Generationen eine hohe Lebensqualität zu sichern. Die KLJB fordert daher deutsche und europäische Rüstungsexporte sofort zu verbieten, da sie weltweit Konflikte schüren, maßgeblich zu Flucht führen und Kapital daraus geschlagen wird.

s. KLJB-Beschluss 2015: „Willkommen in Deutschland – Unsere Verantwortung für Asylsuchende“

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie im Bereich der Rüstungsexporte und insbesondere beim Export von Kleinwaffen?



Jeder Waffenexport unterliegt nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz einer strengen Einzelfallprüfung und bedarf der Genehmigung des Bundeswirtschaftsministeriums. Dieses entscheidet dann in Abstimmung mit anderen relevanten Ressorts – wie dem Auswärtigen Amt – ob das Geschäft genehmigt wird.



In Anbetracht der zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit ist eine Eindämmung von Rüstungsexporten zwingend erforderlich. Wir treten für ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und NATO-gleichgestellten Ländern ein. Denn klar ist doch: Die Waffen der Bürgerkriege sind die Kleinwaffen.



Die LINKE setzt sich für ein sofortiges Verbot des Exports von Kleinwaffen aus Deutschland ein. Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren ganze Gesellschaften vor allem im globalen Süden. Das Kleinwaffen-Exportverbot soll uneingeschränkt gelten.



Wir fordern ein Rüstungsexport-Kontrollgesetz. In ihm sollen die bisher unverbindlichen Kriterien für den Export von Rüstungsgütern gesetzlich verankert werden. Wir fordern auch, keine Lizenzen zur Waffenproduktion in Drittstaaten mehr zu vergeben. Wir versprechen uns eine deutlich restriktivere und verantwortungsvollere Exportpolitik als die bisherige.



Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Zukunft durch ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien präzisieren und so zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags kommen.

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |

HANDELSPOLITIK



Die KLJB fordert transparente Verhandlungen von Handelsabkommen, einen klaren Rechtsschutz auf Basis etablierter nationaler und europäischer Gerichtsverfahren sowie das Bekenntnis zu und den Erhalt von nationalen und europäischen Sozial- und Umweltstandards. Außerdem fordern wir die Anerkennung der Vorbehalte von EU-BürgerInnen in Bezug auf die grüne Gentechnik sowie die Stärkung und nachhaltige Sicherung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

s. KLJB-Beschluss 2014: „TTIP: So nicht!“

Unter welchen Bedingungen macht sich Ihre Partei für umfassende Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten stark?



Der Prozess der Globalisierung braucht Regeln und Standards, um Auswüchse und Fehlentwicklungen zu verhindern. Wir bekennen uns zur internationalen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Wir wollen CETA mit Leben erfüllen und streben weiterhin ein Freihandelsabkommen mit den USA an. Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen.



Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Unser Ziel ist es, in allen Abkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards mit Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren. Wir wollen einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren.



DIE LINKE will faire Handelsabkommen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung beider Seiten befördern und demokratischer Kontrolle unterliegen. Daher lehnen wir CETA, TTIP, JEFTA etc. ab, die einseitig auf Marktöffnung abzielen und weitreichende Eingriffe in politische Kompetenzen zugunsten von Investoren vorsehen.



Die Handelsabkommen TTIP, CETA, TiSA sind so umstritten, weil hier die Rechte der BürgerInnen zur Verhandlungsmasse wurden. Wir lehnen diese Abkommen in ihrer jetzigen Form ab und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Klageprivilegien für Investoren im Rahmen von Investor-Staat-Schiedsverfahren lehnen wir ab.



Wir Freie Demokraten wollen die Chancen des Freihandels nutzen. Wenn wir Handelshemmnisse abbauen und gleichzeitig unsere hohen Standards bei Menschenrechten, Lebensmittel und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu geben.

Mach dir Notizen.
So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

<input type="radio"/> CDU/CSU	<input type="radio"/> GRÜNE
<input type="radio"/> SPD	<input type="radio"/> FDP
<input type="radio"/> DIE LINKE	<input type="radio"/> keiner

PARTEIPROFIL



Die KLJB vertritt die Interessen Jugendlicher in ländlichen Räumen und engagiert sich für eine aktive und lebendige Kirche. Als engagierte ChristInnen und Christen gestalten Jugendliche in der KLJB mit an der Zukunft der Gesellschaft und setzen sich weltweit für eine gerechte und zukunftsfähige Welt und eine nachhaltige ländliche Entwicklung ein. Wenn die KLJB eine Partei wäre, müsstet ihr die KLJB wählen.

Was unterscheidet Ihre Partei von anderen? Warum sollte ich Ihre Partei wählen?



CDU und CSU sind die Volksparteien der Mitte. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und wollen niemanden bevormunden



Der SPD geht es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde. Sie wird dafür sorgen, dass jeder einzelne Mensch im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind und in Frieden leben können. Die SPD wird in die Zukunft investieren, damit auch unsere Kinder in einer gerechten Gesellschaft aufwachsen.



Weil es einen wirklichen Politikwechsel nur mit der LINKEN geben wird. Wir wollen ein Land, in dem es keine Armut gibt und Reichtum das ist, was allen gehört: Bildung, Gesundheit, Kultur. In dem Natur und Klima geschützt wird. Wir wollen ein Land, das sich nicht an Kriegen beteiligt und keine Waffen exportiert.



Wir sind die einzige Partei, für die der Erhalt der Umwelt nicht nur grünes Beiwerk ist, sondern die zentrale Voraussetzung für ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. Für eine lebenswerte Zukunft müssen wir jetzt unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Ohne GRÜNE würde es nur ein „Weiter so“ geben. Das dürfen wir künftigen Generationen nicht antun. Deshalb braucht es jede Stimme für GRÜN.



Wir glauben an die Potenziale und die Energie jedes Einzelnen und an die Kraft der Freiheit. Wir glauben daran, dass es immer eine Möglichkeit gibt. Wir wollen nicht, dass „Ja, aber...“ und Co. die Oberhand behalten. Daher lautet unser Auftrag: Stärken wir den Glauben der Menschen an sich selbst!

Mach dir Notizen.

So kannst du deinen Favoriten später einfacher herausfinden.

- | | |
|---------------------------------|------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU/CSU | <input type="radio"/> GRÜNE |
| <input type="radio"/> SPD | <input type="radio"/> FDP |
| <input type="radio"/> DIE LINKE | <input type="radio"/> keiner |

Politisches Speed-Dating

Mit gleich mehreren Abgeordneten auf Augenhöhe diskutieren? Unterschiedliche Politikerinnen und Politiker in kürzester Zeit kennenlernen und ihnen eure Meinung sagen oder sie mit Fragen löchern? Das und noch viel mehr könnt ihr bei einem politischen Speed-Dating erleben.

Zunächst einmal solltet ihr viele Jugendliche aus eurem Ort, aus verschiedenen Ortsgruppen oder dem ganzen Kreis, Dekanat oder Bezirk einladen. Dazu eignet sich am besten ein ansprechender Flyer, eine öffentliche Facebook-Veranstaltung und Mundpropaganda. Natürlich dürfen auch die politischen VertreterInnen nicht fehlen. Überlegt euch, wer für die Jugendlichen bei eurem Speed-Dating relevant ist. Am besten eignen sich die Bundestagsabgeordneten aus eurem Wahlkreis, aber auch Landtagsabgeordnete können euch Fragen zu ihren Parteien beantworten. Um die PolitikerInnen anzulocken, ist es wichtig zu betonen, dass ihr den PolitikerInnen damit eine Chance gebt, junge WählerInnen und vor allem ErstwählerInnen zu überzeugen und in einen direkten Austausch zu kommen. Besonders vor einer so wichtigen Wahl wie der Bundestagswahl, kommen sie in der Regel gerne zu Veranstaltungen mit vielen Jugendlichen.



Politisches Speed-Dating auf der KLJB-Bundesversammlung 2017

Als nächstes müsst ihr euch den Ablauf der Veranstaltung überlegen.

So könnte er beispielsweise aussehen:

Begrüßung der Teilnehmenden und der Gäste aus der Politik. und kurze Vorstellung der PolitikerInnen. Dann bildet ihr Dating-Gruppen in verschiedenen Räumen oder an verschiedenen Tischen. Die PolitikerInnen gehen im 20 Minuten-Takt von einem Tisch zum nächsten und ihr könnt ihr eure Fragen und Anregungen an sie loswerden.

UNSER TIPP

Als Hilfe dienen euch die Wahlprüfsteine in diesem Heft. Am Ende könnt ihr das Ganze noch mit einer Podiums- oder Fishbowldiskussion vertiefen.

Politische Picknicks

Vom 16. bis 17. September 2017 findet das Finale der Aktion „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land!“ statt. An diesem Wochenende sollen in allen Diözesanverbänden und zentral in Berlin bunte politische Picknicks veranstaltet werden, um den Abschluss der Aktion zu feiern und ins Gespräch mit Abgeordneten und KandidatInnen zur Bundestagswahl zu kommen. **Macht mit und organisiert euer eigenes lokales Picknick!**

Dazu ladet ihr am besten Bundestagsabgeordnete aus eurem Wahlkreis ein. Ihr könnt auch den Landrat oder die Landrätin, den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin oder einen bzw. eine LokalpolitikerIn eurer Wahl einladen. Bei einem leckeren Picknick könnt ihr so in lockerer Atmosphäre ins Gespräch kommen und mit dem oder der PolitikerIn über die politischen Themen sprechen, die euch wichtig sind. Diskutiert also fleißig mit euren Gästen, gebt ihnen eure Anregungen mit, informiert euch über die Wahlprogramme oder stellt einfach nur Fragen!



Die KLJB setzt sich für ein buntes Land ein!

Als Variante könnt ihr anstatt eines Picknicks auch gut einen Politischen Frühschoppen oder einen Grillabend veranstalten – ganz, wie es euch gefällt!





Frühstück mit ausWAHL

Um möglichst viele Jugendlichen zum Wählen zu mobilisieren, startet doch einfach am Wahltag am 24. September 2017 euer eigenes Wahlevent: Dazu könnt ihr ein gemeinsames Frühstück organisieren und eure ganze Ortsgruppe dazu einladen. Währenddessen könnt ihr noch mal auf die Positionen der verschiedenen Parteien eingehen, zum Beispiel über die Wahlprüfsteine hier in diesem Heft. Hängt diese an Stellwänden aus oder besprecht gemeinsam, welche Partei welchen Standpunkt vertritt und wie ihr das findet.

Erklärt auch noch einmal, wie genau gewählt wird: Jede und jeder hat zwei Stimmen – mit der Erststimme könnt ihr den oder die DirektkandidatIn aus eurem Wahlkreis wählen, mit der Zweitstimme wählt ihr die Partei eurer Wahl. Je nachdem, wie viele Zweitstimmen eine Partei bekommt, kann sie neben den direkt gewählten Abgeordneten der Erststimme über die Parteilisten weitere KandidatInnen in den Deutschen Bundestag entsenden. Im Anschluss an das Frühstück geht ihr dann alle zusammen gemeinsam ins Wahllokal und macht eure zwei Kreuze. Ihr wisst schon: **Jede Stimme zählt!**

KLJB-Spiel „Vorurteil“

Ihr wollt selbst einmal in die Rolle von PolitikerInnen schlüpfen und erfahren, wie viel man mit Politik bewegen kann? Dann ist das Spiel „Vorurteil“ genau das richtige für euch!

Im Spiel bilden die SpielerInnen den Stadtrat einer fiktiven Stadt in der Zukunft, in welcher die Migration zu einer hohen religiösen und kulturellen Vielfalt geführt hat. In jeder Runde müssen die Mitglieder dieses Stadtrates einen Beschluss zu einer bestimmten Fragestellung treffen. Das Spiel wurde von der KLJB Mainz entwickelt und kann an der KLJB-Bundesstelle **kostenlos** bestellt werden!



KLJB-Spiel „Vorurteil“:
Jetzt kostenlos bestellen!

Wahl-O-Mat

Der Wahl-O-Mat ist ein sehr verbreitetes und einfach zu bedienendes Tool, wenn es darum geht herauszufinden, welche Partei am meisten mit eurer eigenen Überzeugung übereinstimmt. Seit 2002 wird er von der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelt. Beim Wahl-O-Mat könnt ihr ganz einfach online Fragen beantworten. Am Ende werden eure Antworten mit denen der Parteien verglichen und ihr bekommt eine Übersicht, mit welcher Partei ihr die meisten Übereinstimmungen habt. Der Wahl-O-Mat startet ungefähr zwei bis vier Wochen vor der Wahl. Sobald das Tool verfügbar ist, könnt ihr unter **www.wahlomat.de** darauf zugreifen. Hier erfahrt ihr auch alles Wissenswerte über die Geschichte, die Funktion und die Handhabung des Wahl-O-Mats!

Wahl-O-Mat®

„Beim Wahl-O-Mat sind alle Thesen so formuliert, dass sie für jeden verständlich sind, gleichzeitig ist der Wahl-O-Mat super einfach zu bedienen. Man kann also einfach mal den Link an alle weiterteilen und jeder kann dabei mitmachen und hat dann eine Hilfestellung für seine Wahlentscheidung an der Hand.“

Larissa Wenger (22) aus der KJLB-Ortsgruppe Zeilarn im KJLB-Diözesanverband Passau war mit dabei, als auf Einladung der Bundeszentrale für politische Bildung die Fragen für den Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2017 ausgewählt wurden.



© Bundeszentrale für politische Bildung

Aktion #meinstimmezählt in den sozialen Netzwerken



In den Wochen vor der Bundestagswahl wollen wir mit unserer Social-Media-Aktion **#meinstimmezählt** auf die anstehende Bundestagswahl aufmerksam machen. Dazu wollen wir nicht nur alle KJLBlerinnen und KJLBler einladen, Wählen zu gehen, sondern auch ihre Freundinnen und Freunde, Bekannte, Eltern, Geschwister – einfach alle! Bekennt Farbe, dass auch ihr an der Bundestagswahl teilnehmen werdet, indem ihr eure Facebook-, Twitter-, oder Instagram-Beiträge zu dem Thema mit dem Hashtag **#meinstimmezählt** verseht. Außerdem könnt ihr eurem Profilbild vor der Wahl ein **#meinstimmezählt-Badge** verpassen. Mehr Infos findet ihr auf **www.kljb.org/jede-stimme-zaehlt/**

AUSWERTUNG

Hier kannst du deine Auswertung vornehmen.

So kannst du mit einem Blick sehen, welche Partei du bei der Abfrage der einzelnen Themen am häufigsten als Favorit ausgewählt hast. Falls du dir noch nicht sicher bist, welche Partei du bei der Bundestagswahl 2017 wirklich wählen sollst, kannst du dich an dieser Auswertung gut orientieren.

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	FDP
Ländliche Entwicklung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Landwirtschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Jugendpartizipation	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wahlalter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Jugendpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schule	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Europa	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Energiewende	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klimaschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mobilität	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kritischer Konsum	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nachhaltigkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Migration	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Integration	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vielfalt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Extremismus	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kirche und Staat	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Frieden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Handelspolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Parteiprofil	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gesamteinschätzung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**Impressum:**

Herausgeberin: Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org

Redaktion: Eva-Maria Kuntz (e.kuntz@kljb.org),
Stephan Barthelme (s.barthelme@kljb.org)

Verantwortlich für den Inhalt: Stephan Barthelme, Eva-Maria Kuntz

Korrektorat: Veronika Schmitt (v.schmitt@kljb.org)

Fotos: Soweit nicht anders gekennzeichnet: KLJB-Bundesstelle;
Jörg Farys (3, 5, 13, 17, 33, 35, 41, 57); Pixabay (21, 23, 25, 27, 29);
stock.adobe.com: kirahoffmann (7), simoneminth (11), sunnychicka (37),
enanuchit (43), Stockfotos-MG (45, 50), Kzenon (47), Dasha Petrenko (48)

Verlag: Landjugendverlag GmbH

Drachenfelsstraße 23

53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Tel.: 02224/9465-0

Layout: CON Werbeagentur

Gedruckt mit umweltfreundlichen, ölfreien Druckfarben
auf 100%-Recyclingpapier.

Erscheinungsdatum: August 2017

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



ZUKUNFTSZEIT

GEMEINSAM FÜR EIN BUNTES LAND

